

### **1. Österreichische Wirtschaft im Sog der Weltwirtschaftskrise – kräftiger Wachstumseinbruch und hohe Budgetdefizite zu erwarten**

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Abwärtsspirale. Die Wirtschaftsprognosen müssen laufend nach unten revidiert werden, auch in Österreich. Während die Regierung bei Abschluss der Koalitionsverhandlungen selbst unter Berücksichtigung der Konjunkturbelebungsprogramme und der Steuersenkung 2009 noch von einer Stagnation des Wirtschaftswachstums ausging, ist nunmehr mit einer kräftigen Schrumpfung zu rechnen. Angesichts der kräftigen Einbrüche des Wirtschaftswachstums der wichtigsten Handelspartner Österreichs (BRD, Italien) sowie in den Ost- und Südoststaaten ist 2009 mit einem realen Rückgang des BIP von 2% und 2010 mit einer Stagnation zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund werden die öffentlichen Haushalte trotz der Konjunkturbelebungsprogramme über Steuer- und Abgabenausfälle bzw. über höhere Ausgaben für die Arbeitslosen- und Pensionsversicherung ein deutlich höheres gesamtstaatliches Budgetdefizit hinnehmen müssen als Finanzminister Pröll es seinem Doppelbudget zugrunde gelegt. Allein bei der Einkommen-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer auf Dividenden ist mit Steuerausfällen von rund 1 Mrd Euro zu rechnen. Mit einem merklichen Überschreiten der 3%-Defizitgrenze ist jedenfalls zu rechnen. Finanzminister Pröll hingegen geht von 2009 von einem Defizit des Gesamtstaates von 2,5% des BIP aus.

**FAZIT: Die Pröll'sche Budgetwelt zeigt, dass er noch nicht in der rauen Wirklichkeit der Weltwirtschaftskrise angekommen ist. Das Doppelbudget ist schon heute obsolet und muss neu aufgeschnürt werden. Es bildet keine geeignete Ausgangsbasis für eine Entscheidung über eine adäquate konjunkturpolitische Gegensteuerung.**

### **2. Hineinsparen in den Konjunkturabschwung konterkariert die Effekte der eigenen Konjunkturbelebungsprogramme**

Im Februar 2009 hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit enorm beschleunigt. Wenn dieses Tempo weiter anhält, dann wird die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des Jahres 2009 den Rekordwert aus dem Jahr 2005 mit 252.000 Arbeitslosen deutlich übersteigen. Im Januar 2010 sind 400.000 Arbeitslose nicht ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund sind die bis zu 10%igen Kürzungen bei den Ermessensausgaben und der in den Doppelbudgets enthaltene Abbau von Planstellen völlig verfehlt.

Von der Kürzung der Ermessensausgaben (400 bis 600 Mio Euro) sind u.a. auch zahlreiche NGO's im Sozial-, Gesundheits- und Umweltbereich, aber auch Frauenprojekte betroffen. Durch die vorgesehenen Kürzungen werden einige tausend Arbeitsplätze verloren gehen. Rund 500 weitere Jobs kostet die teilweise Nichtnachbesetzung von Planstellen (Nur jede zweite Planstelle soll nachbesetzt werden.)

**FAZIT: Kaputtsparen jetzt verschärft die Folgen des Abschwungs, weil dadurch die ohnehin bescheidenen Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Konjunkturpakete gesenkt werden. Der geplante Personalabbau ist zu verknüpfen mit der Verwaltungs- und Bundesstaatsreform und in den Konjunkturaufschwung zu verlegen.**

### **3. Konjunkturbelebungsprogramme der Bundesregierung - unzureichend, zu wenig „frisches Geld“ und zögerliche Umsetzung**

Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung reichen nicht annähernd aus, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das gilt insbesondere für die Tarifentlastung, die gemessen am Entlastungsvolumen von 3,2 Mrd Euro nur wenig zusätzliche Arbeitsplätze (rund 10.000) schafft. Jene Teile der Bevölkerung mit der höchsten Konsumneigung sind von der Steuerentlastung ausgenommen, das sind Menschen mit einem Bruttomonatseinkommen von etwa 1.100 Euro. Ferner verpufft die Steuerentlastung ab dem mittleren Einkommensdrittel, weil sie in den „Sparstrümpfen“ versandet.

Investitionen und direkte Beschäftigung schaffen wesentlich mehr Beschäftigung als Steuerentlastungen. Mit 1 Mrd Euro in Infrastrukturinvestitionen können rund 10.000 durch Direktbeschäftigung rund 25.000 Jobs geschaffen werden.

Die Umsetzung der Konjunkturbelebungsprogramme I und II erfolgt zögerlich und vielfach werden laufende Investitionsprojekte als neue verkauft bzw erfolgt die Finanzierung nicht aus zusätzlich dotierten Töpfen. So etwa wird die thermische Sanierung aus Mitteln des Klima- und Energiefonds finanziert.

### **4. Grünes Budgetprogramm ist ein Programm für die Zukunft des Landes**

Die Grünen wollen der Krise auf allen Ebenen begegnen: im Bereich der Armutsbekämpfung, im Bildungssystem, im Umwelt- und Verkehrsbereich, in der Pflege, bei Frauen und Jugendlichen und schließlich durch ein Gemeindeinvestitionsprogramm. Dahinter steckt auch die Überlegung, dass die Krise nicht ungenutzt verstreichen darf sondern als Chance begriffen werden muss. Demnach liegt der Schwerpunkt des Grünen Budgetprogramms in Investitionen in Zukunftsbereiche: Kindergärten, Schulen, Universitäten, Klimaschutz. Das Grüne Budgetprogramm ist daher ein Programm für die Zukunft unseres Landes.

Mit dem hier vorgelegten Grünen Budgetprogramm können 80.000 bis 100.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw erhalten werden. Damit kann ein Anstieg der Arbeitslosigkeit als Folge der Krise verhindert werden.

<b>Eckpunkte des grünen Budgetprogramms in Mio. Euro</b>			
	<b>Abgaben-entlastung</b>	<b>einmalige Investitionen</b>	<b>laufende Ausgaben</b>
<b>untere Einkommen</b>			
Entlastung unterster Einkommen	1.000		
Grundsicherung			280
Anhebung Nettoersatzrate ALV auf 70%			520
Summe: 1.800			
<b>Umwelt / Verkehr</b>			
thermische Sanierung		1.000	
baureife öffentliche Nahverkehrsprojekte		1.000	
Summe 2.000			
<b>Universitäten</b>			
Uni Infrastruktur		340	
Uni Energieeffizienz		100	
Neubau technische Universität		70	
Kollektivvertrag für Uni-personal			60
Wissenschaftspersonal			170
FH 40% Budgeterhöhung			70
Summe: 810			
<b>Pflege</b>			
Pflege: 10.000 zusätzliche Pflegekräfte			250
Palliativ- und Hospizbetreuung			70
Summe: 320			
<b>Betreuung 0-5jähriger</b>			
Schaffung Betreuungsplätze für 0-5jährige			210
Kindergarten gratis			150
Gehaltserhöhung für KindergärtnerInnen			500
Bruno: 860			
<b>Schulen</b>			
Infrastruktur Bundesschulen		450	
10% FörderlehrerInnen an den Schulen			90
Ganztagsbetreuung		40	30
Summe: 610			
<b>Inneres / Justiz</b>			
dringend notwendiges Personal			200
<b>Frauen</b>			
Aktion 10.000 Frauen +			35
<b>Jugend</b>			
Aktion 10.000 Jugend			35
<b>Gemeinden</b>			
Gemeindeinvestitionsprogramm		2.000	
<b>Summe:</b>	<b>1.000</b>	<b>5.000</b>	<b>2.670</b>
<b>Summe gesamt:</b>	<b>8.670</b>		

## 5. Reiche und Superreiche müssen zur Finanzierung des Sozial- und Bildungsstaates beitragen

Können wir uns das Grüne Budgetprogramm leisten? Die Antwort lautet: Wir müssen uns das leisten, wenn das Entstehen von Massenarbeitslosigkeit und ein weiterer Anstieg der Armut verhindert werden soll. Im Umkehrung des Stabilitäts- und Wachstumspakts müsste man

fordern: „Wer jetzt nicht gegensteuert, muss sanktioniert werden.“ Denn eines ist klar: Passives Verhalten und beharrliches „Schönreden“ der Krise erhöht nicht nur die Defizite der öffentlichen Haushalte, sondern auch die Gefahr einer noch größeren sozialen und ökonomischen Spaltung in unserem Land.

Natürlich dürfen wir die öffentlichen Haushalte nicht über Gebühr strapazieren. Es ist daher notwendig schon jetzt über die Verringerung von Defiziten im Konjunkturaufschwung nachzudenken.

Wenn wir die Konsolidierung über die Ausgabenseite anlegen, dann geht das - wie auch die Kosten der Krise - zulasten der unteren Einkommen, weil sie von den öffentlichen Ausgaben relativ stärker profitieren als die höheren Einkommen. Spielraum gibt es aber bei der Verwaltungs- und Bundesstaatsreform. Deren Realisierung ist überfällig.

Im Zentrum der Konsolidierung muss aber eine Steuerreform stehen, die an der Ungerechtigkeit unseres heutigen Steuersystems ansetzt: an der ungerechten Verteilung von Vermögen: Insgesamt zeigt sich bei den Geldvermögen eine deutliche Polarisierung:

- Über zwei Drittel der privaten Haushalte besitzt kein nennenswertes Geldvermögen.
- Die Hälfte der privaten Haushalte verfügt nur über 8% des gesamten Geldvermögens.
- Erst im obersten Dezil erreicht das Geldvermögen beachtliche Ausmaße, es verfügt über mehr als die Hälfte des gesamten Finanzvermögens. Aber selbst dort ist die Streuung beträchtlich und zeigt, dass die Konzentration ausgeprägt ist.

Die Reichen und Superreichen - letztere parken ihr Vermögen steuerschonend in Privastiftungen - müssen endlich zur Finanzierung des Sozial- und Bildungsstaates beitragen: über die Besteuerung von Vermögen und deren Zuwächse.